

Neuer Axthieb gegen die Kommunen

Von Oberbürgermeister Siegfried Balleis, Erlangen

Es war eine Hiobsbotschaft, welche die Deutsche Presseagentur am 13. Februar dieses Jahres verbreitete, schwer fassbar und ein weiterer Axthieb gegen das im Grundgesetz verankerte Existenzrecht der Städte und Gemeinden in Deutschland: die Mitteilung, dass die Mehrheit der Abgeordneten des Deutschen Bundestages an diesem Tag gegen zwei Gesetzentwürfe stimmte, deren Ziel es war, die Anfang 2001 kräftig erhöhte Gewerbesteuer-Umlage zugunsten der Kommunen von 30 auf wieder 20 Prozent zurückzuführen.

schnittlich 30 (!) Prozent – führt in den meisten Kommunen zu einer in dieser Dimension bislang praktisch nicht gekannten Leere in den Kassen. „Die Landeshauptstadt ist pleite“, beschrieb Münchens Oberbürgermeister Christian Ude im vergangenen Jahr stellvertretend für viele Amtskollegen die Lage. Er sorgte damit vor allem auch außerhalb der Fachmedien für bundesweite Aufmerksamkeit. Leider nur kurzzeitig und offenbar ohne das Problembewusstsein jener zu generieren, die sich sachlich nicht unmittelbar betroffen fühlten.

größere Schlagzeilen. Ich frage mich manchmal: was müssen wir kommunalpolitisch Verantwortlichen denn noch tun, um die vierte Gewalt in unserem Land ein wenig nachhaltiger für ein Thema zu sensibilisieren, das wirklich jedem von uns heftig auf den Nägeln brennen muss.

Wichtig ist jetzt vor allem zweierlei:

1. Kommunalpolitiker dürfen jetzt, ganz unabhängig ihrer politischen Verankerung, nicht in ihrem einmütigen Ringen um die Zukunft der Kernbereiche unserer Staatlichkeit nachlassen. Wir müssen den Bund als Urheber der so genannten Steuerreform, die sich so fatal auswirkt, unermüdet an seine unmittelbare Verantwortung für die katastrophale Situation und seine Garantpflichten für die Städte und Gemeinden erinnern.

2. Zu unseren Aufgaben gehört es jetzt vor allem, mit dem gebotenen Nachdruck eine Gewerbesteuerreform, die dieses Etikett verdient, voranzubringen. Der Bayerische Städtetag hat in diesem Sinn einen wichtigen Teil seiner Hausaufgaben erledigt und eine Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer kommunalen Betriebssteuer mit einer erweiterten Bemessungsgrundlage angeregt.

Ziel unserer gemeinsamen Anstrengung ist dabei die Wiederherstellung stabiler Verhältnisse und berechenbarer Einnahmen für die Kommunen. Nur wenn wir dieses Ziel erreichen, können wir bei der Planung in den Stadträten und seinen Gremien wieder zur Normalität zurückkehren.

Und nur dann wird es uns gelingen, die in einem halben Jahrhundert geschaffene großartige Infrastruktur unseres Landes, um die uns ein Großteil der Welt beneidet, zu sichern und in Zukunft wieder auszubauen.

Scheitern wir mit unserem Vorhaben, dann – so befürchte ich – wird Deutschland in einen Strudel geraten angesichts dessen unsere aktuellen außenpolitischen Probleme und die Nöte des Arbeitsmarktes und der Sozialkassen noch harmlos erscheinen werden.

Wenn die Mehrheit unserer Bundesparlamentarier nicht bereit ist, die Hilferufe der staatlichen Basis zu hören und angemessen zu reagieren, dann stehen dem Standort Deutschland und den 80 Millionen Menschen, die hier ihre Heimat haben, bittere Jahre ins Haus. Dann wird es bald wieder wie in den vergangenen Wochen und diesmal wohl noch viel schmerzhafter heißen Deutschland ist nicht mehr relevant.

KOMMUNALES FORUM

Für die Kämmerer zwischen Flensburg und Garmisch hätte die Annahme der Vorschläge rund 2,3 Milliarden Euro an Mehreinnahmen bedeutet und damit für die städtischen Einrichtungen mehr Gestaltungsspielräume. Und für die Bürgerinnen und Bürger wäre diese dringend erforderliche Finanzspritze gleichbedeutend gewesen mit der Sicherung nun massiv in Frage gestellter kommunaler Dienstleistungen.

Es hat sich inzwischen, vielleicht mit Ausnahme Berlins, in der Republik herumgesprochen: Für Städte und Gemeinden ist die Gewerbesteuer eine Überlebenssteuer. Der drastische Rückgang der hier erzielten Einnahmen – seit dem Jahr 2000 um durch-

Inzwischen erwecken Zeitungen, Hörfunk und Fernsehen wieder den Eindruck, dass sie ein für unser demokratisches Staatsgebilde grundlegendes, journalistisch freilich nicht ganz einfach darzustel-



OB Siegfried Balleis.

Foto: Poss

Seminar über Daseinsvorsorge

„Relikt oder Zukunftsmodell?“ fragt ein Seminar der Akademie für Verwaltungsmanagement und des Gemeindetags am 3. und 4. April in Bad Windsheim. Europa stellt derzeit die Weichen für die Zukunft der Daseinsvorsorge. Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung stellen ihre Vorstellungen, Interessen und Konzepte vor. Zu den Rednern zählen der Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Reinhold Bocklet, und der Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Uwe Brandl. Informationen: Bayerische Akademie für Verwaltungsmanagement, Tel. 089 / 21 26 74 22, geschrey@verwaltungsmanagement.de red

lendes Problem lieber ignorieren. Jedenfalls machen plakativer darzustellende Themen wie der drohende Irak-Krieg, die stetig steigenden Benzinpreise oder das traurige Schicksal des Klon-Schafes Dolly deutlich